



DocID: 2506470

MediaID: 0028

Color: 0

Topic: 0050917.73 Size: 20963mm²

Order: 0050917

Category: Finanzwesen / Finances publiques/Steuern / Taxes impôts

**Besteuerung von Mitarbeiterbeteiligungen****Privilegien für Topverdiener blockiert****Der Bundesrat muss bei der Besteuerung von Kadern über die Bücher. Die ständerätliche Kommission verlangt nun einen Zusatzbericht.**

«Endlich. Bei jeder anderen Kommission wäre das der normalste Schritt der Welt. Aber bei der ständerätlichen Wirtschaftskommission ticken die Uhren anders», sagt Ernst Leuenberger.

Der Solothurner SP-Ständerat freut sich, dass nun auch die vorberatende Ständeratskommission mehr über die Konsequenzen wissen will, bevor sie das Gesetz über die Besteuerung von Mitarbeiterbeteiligungen durchwinkt und verabschiedet. Im Nationalrat war das neue Gesetz von linksgrüner Seite massiv unter Beschuss geraten. Die SP drohte gar mit dem Referendum, sollte hier nicht zurückgekrebt werden. Sie reklamierte, dass mit der Vorlage vor allem jenen Kadern in Grosskonzernen ein Steuergeschenk gemacht werde, die einen Teil ihrer Millionensaläre in Form von Aktien oder Optionen ausbezahlt erhalten. Das neue Gesetz würde nur Leuten wie UBS-Verwaltungsratspräsident Marcel Ospel oder Novartis-Chef Daniel Vasella nützen; diesen «Verstoss gegen die Steuergerechtigkeit» könne die SP nie akzeptieren. Die Referendumsandrohung habe gewirkt, zeigten sich die Sozialdemokraten denn auch gestern überzeugt.

**Zu viele offene Fragen**

Das will Hannes Germann (SVP, Schaffhausen) so nicht stehen lassen. Aus seiner Sicht haben andere Gründe

dazu geführt, dass die Kommission nun die Notbremse zog und von der Regie-

rung einen Zusatzbericht verlangt. «Dieser Bericht ist nötig, weil sich die SP einseitig aus der Debatte verabschiedet hat, aber auch, weil man tatsächlich konkret wissen will, wie sich das Gesetz auswirkt», betont Germann. Es seien letztlich zu viele Fragen offen.

Es gehe weder um Ospel noch Vasella, sondern um die Förderung von Startup-Firmen. Diese hätten am Anfang oft zu wenig Mittel, um ihre Topleute den Qualifikationen entsprechend zu entlohnen. Mit der Option, sie am Unternehmen und späteren Gewinnen zu beteiligen, könne Abhilfe geschaffen werden. Germann: «Es ist uns bisher zu wenig gelungen, diesen Aspekt deutlich zu machen.»

Er kündigt an, dass er sich nicht gegen eine Obergrenze für steuerliche Begünstigungen wehren würde, wenn so ein Kompromiss gefunden werde.

**SP bleibt bei Drohung**

An einen schnellen Burgfrieden glaubt Ernst Leuenberger aber noch nicht. «Bis uns das Gegenteil bewiesen wird, halten wir an der Referendumsandrohung fest.» Aus seiner Warte sei «eigentümlich», dass die SP vom Finanzdepartement seit langem konkrete Zahlen über die Auswirkungen verlangt, aber keine erhalten habe. Im Departement von Hans-Rudolf Merz habe es geheissen, dass das nicht machbar sei, weil zu viele Faktoren mitspielten. Jetzt seien in den Medien von Beamten des Finanzdepartements Beispiele genannt worden, die eine gegensätzliche Wirkung aufzeigen sollen. Leuenberger: «Das Chaos ist also total.»

**JÜRGEN AUF DER MAUR**